

CDU beantragt Auflösung des Ministeriums wegen „Defiziten bei der Koordinierung“

Mit von der Koalition initiierten Änderungen zum Grundstücksfonds, zum REN-Programm und zugunsten des Deutschen Siedlerbundes Nordrhein-Westfalen beendete der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen unter Leitung von Adolf Retz (SPD) am 26. November die Etatberatungen. Verschiedene von der CDU-Opposition vorgelegte Änderungsanträge fanden keine Mehrheit.

So wollte die CDU den Ansatz für Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen durch Ausbringen einer höheren Verzinsung bei landesbeteiligten Gesellschaften um sieben Millionen Mark erhöhen. Durch Ausbringung eines Einnahmeansatzes von 50 Millionen sollte zur Bildung von Wohneigentum für junge Familien beigetragen werden. Finanziert werden sollte dies durch Erlöse aus dem Verkauf von landeseigenen Wohnungen. Außerdem beantragte die CDU Streichung des Gesamtansatzes von 2 064 800 DM für die Fortbildungseinrichtung des Ministeriums für Bauen und Wohnen. Begründung dazu: Ein eigenes Fortbildungszentrum sei nicht zu rechtfertigen. Fortbildungsangebote und -einrichtungen sind in Nordrhein-Westfalen ausreichend vorhanden. Die Folgekosten waren abzusehen, wurden jedoch in der Vergangenheit bestritten. Die Einrichtung soll durch einen privaten Investor genutzt werden.

Beim Einzelplan 15 wurde die Auflösung des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport beantragt. Die Fachbereiche Verkehr, Stadtentwicklung, Kultur und Sport sollten auf vorhandene Ministerien verteilt werden. Durch Streichung der Planstellen der Ministerin und des Staatssekretärs, durch Umschichtung von Stellen innerhalb der Landesregierung sowie über eine Reduzierung der Sachmittel und Raumkosten würde eine Einsparung von 15 Millionen erzielt. Begründung: Die Gründung des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport sei sachlich nicht zu vertreten gewesen. Im Gegenteil seien erhebliche Koordinierungsdefizite aufgetreten. Zudem seien einzelne Fachbereiche deutlich geschwächt worden — so etwa der kommunale Stadtverkehr.

Weitere Anträge betrafen den Einzelplan 20 und hatten zum Inhalt, den Ansatz für die staatliche Bauverwaltung, Bauunterhaltung und kleine Baumaßnahmen von 627 040 600 um 100 Millionen auf 727 040 600 Mark aufzustocken. Bei den öffentlichen Liegenschaften des Landes gebe es einen Investitionsrückstau von insgesamt sechs Milliarden Mark. Mit den angekündigten Contracting-Modellen sei dieser Investitionsstau nicht zu beheben. Deckung ergebe sich aus einem dem Plenum vorliegenden Antrag (Drs. 12/2556).

Schließlich sollte beim Ansatz für Einnahmen aus der Sonderrücklage Wohnungsbauförderungsanstalt bei der Westdeutschen Landesbank Girozentrale folgender Haushaltsvermerk eingefügt werden: Mehreinnahmen werden für die Förderung des Wohneigentums für junge Familien verwandt und fließen Titel 89 260 Einzelplan 14 zu. *Harald Holler*

Immer mehr Bescheide werden angefochten

Der Rechtsausschuß des Landtags hat sich Mitte November unter seinem Vorsitzenden Gunther Sieg (SPD) an Ort und Stelle über Arbeitsweise und Probleme des Finanzgerichts Düsseldorf informiert. Dieses Gericht betreut mit 154 Beschäftigten, davon 71 Richterinnen und Richter, einen Bezirk mit gut fünf Millionen Einwohnern und einem Steueraufkommen von 62 Milliarden Mark. Es ist zusammen mit dem Sozialgericht, Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht in der Nähe des Düsseldorfer Hauptbahnhofs untergebracht.

In seinem Bericht erklärte der Präsident des Finanzgerichts, Johannemann, die Finanzgerichtsbarkeit realisiere für den Bereich des Steuerrechts den verfassungsrechtlichen Anspruch des Staatsbürgers auf umfassenden Rechtsschutz gegen die Maßnahmen der Finanzverwaltung. Zu ihren wichtigsten Aufgaben gehöre die Überprüfung von Steuerverwaltungsakten, die in der Regel von den Finanzämtern erlassen werden. Sie sei aber — entgegen landläufiger Meinung — nicht zuständig für Strafverfahren; denn die gehörten ausschließlich in das Aufgabenfeld der Strafgerichtsbarkeit.

Die 71 Richter des Gerichts bilden 18 Senate, sie können aber alle nach einer Änderung der Gerichtsordnung vermehrt als Einzelrichter in einfach gelagerten Fällen ohne grundsätzliche Bedeutung tätig werden. Im vergangenen Jahr wurden von den Senaten 1 600 und von Einzelrichtern 5 700 Fälle abschließend bearbeitet. Bei den Eingängen (etwa 7 000 pro Jahr) sei in letzter Zeit eine deutliche Steigerung um 30 Prozent zu verzeichnen, die ihre Ursache in der herkömmlichen Steuerverwaltung habe. Die Erledigungskapazität liege bei 9 000 Fällen im Jahr, wobei der Bestand sich immer noch auf rund 13 000 unerledigte Fälle belaufe. Dessen Abarbeitung mache Fortschritte; so seien in den vergangenen Jahren immer 800 Fälle mehr erledigt worden, als eingegangen sind. Wenn das Finanzgericht Düsseldorf im Ruf stehe, es habe im bundesweiten Vergleich die längsten Verfahrenszeiten, so lägen die Ursachen dafür wohl an die 20 Jahre zurück, stellte der Gerichtspräsident fest.

Durch organisatorische Maßnahmen, etwa der Einführung moderner Informations- und Kommunikationstechniken, sei es gelungen, die Aktenlaufzeiten zugunsten der Bearbeitungszeiten zurückzudrängen. 146 Arbeitsplätze seien inzwischen vernetzt. Johannemann: „Besser ausgestattete Büros finden Sie auch in der freien Wirtschaft nicht.“

Der Vorsitzende des Richterrats, Peters, fragte sich, ob die Steigerung der Eingangszahlen um 30 Prozent eine vorübergehende oder andauernde Erscheinung sei; wenn letzteres zuträfe, dann habe man in fünf Jahren den ehemaligen Bestand von 18 000 unerledigten Verfahren wieder erreicht. Es sei erfreulich, daß das Landeskabinett den von der Unternehmensberatung Wibera als erforderlich erachteten acht neuen Stellen gefolgt sei. Bei der Verteilung sollte Düsseldorf angesichts der hohen Zahl der Altfälle und des starken Eingangszuwachses mit mehr Stellen versehen werden als die anderen Gerichte, schlug Peters vor.

Zum Schluß kam der Vorsitzende des Personalrats, Regierungsamtmann Oberdieck, zu Wort. Er hob die Anforderungen an das Personal hervor, die mit der Umstellung auf moderne Technik und die Umorganisation in Serviceeinheiten verbunden waren. Es seien modernere und von den Anforderungen her hochwertigere Arbeitsplätze geschaffen worden. Er gab zu bedenken, bei der Erhöhung der Richtstellen den nachrichterlichen Dienst nicht aus dem Auge zu verlieren, denn der müsse die nachfolgenden Arbeiten erledigen. Alles in allem sei die Motivation im Hause „sehr hoch“.



Kultursponsoring war Anlaß und Thema eines Informationsbesuchs von Mitgliedern des Kulturausschusses des Landtags bei den Ford-Werken in Köln. Entsprechende Aktivitäten des Konzerns, der sich in besonderem Maße auch dem kulturellen Bereich verpflichtet fühlt, erstrecken sich nicht nur auf den Raum Köln und das Land Nordrhein-Westfalen, sondern inzwischen auch auf Thüringen und Leipzig. Es wird daran gedacht, sich in Zukunft bei größeren Veranstaltungen, auch in anderen Regionen Deutschlands, zu engagieren. — Unser Bild zeigt Besucher und Gastgeber in der ersten Reihe von rechts: Renate Brunswicker (CDU), Ford-Vorstandsmitglied Dr. Hermann H. Hollmann, Manfred Böcker (SPD), rechts hinter ihm Staatssekretär Dr. Hans Jürgen Baedeker, Ausschußvorsitzender Leonhard Kuckart (CDU), Richard Blömer (CDU) und Marc Jan Eumann (SPD).